

Für Schutz vor Bahnlärm EU-weit

Initiativen werben in Umkirch für europaweite Studie und Regeln

VON UNSERER MITARBEITERIN
KATI WORTELKAMP

UMKIRCH. Am gestrigen Donnerstag war der offizielle Tag gegen Lärm. Die Interessengemeinschaft Bahnprotest am Ober- und Hochrhein (IG Bohr) nahm das zum Anlass, den Fokus auf krankmachenden Bahnlärm zu richten. Gemeinsam mit dem Bürgernetzwerk Pro Rheintal hat die IG Bohr dazu nun auch eine Broschüre herausgegeben.

Die Auswertung von mehr als einer Million Patientendaten hat den Initiativen zufolge ergeben, dass Herz- und Kreislaufkrankungen schon bei einem Dauerschallpegel von 40 Dezibel zunehmen. Trotzdem lebten mehr als 1,4 Millionen Deutsche an Schienentrassen, die mehr als 55 Dezibel Lärm produzieren.

Mancherorts führt der Krach zu einer Entvölkerung, so etwa in der Loreleystadt St. Goarshausen. Andernorts, beispielsweise in Eimeldingen, sollen hohe Wände vor Lärm schützen, sie sind aber auch „ein Gau für die Landschaft“, wie es IG Bohr-Sprecher Roland Diehl formuliert. Dabei sei Lärmschutz am fahrenden Objekt, also an den Zügen, technisch möglich. Die Schweiz macht es vor: Bis 2015 sollen alle Waggon der Eidgenossen umgerüstet sein. Die Deutsche Bahn dage-

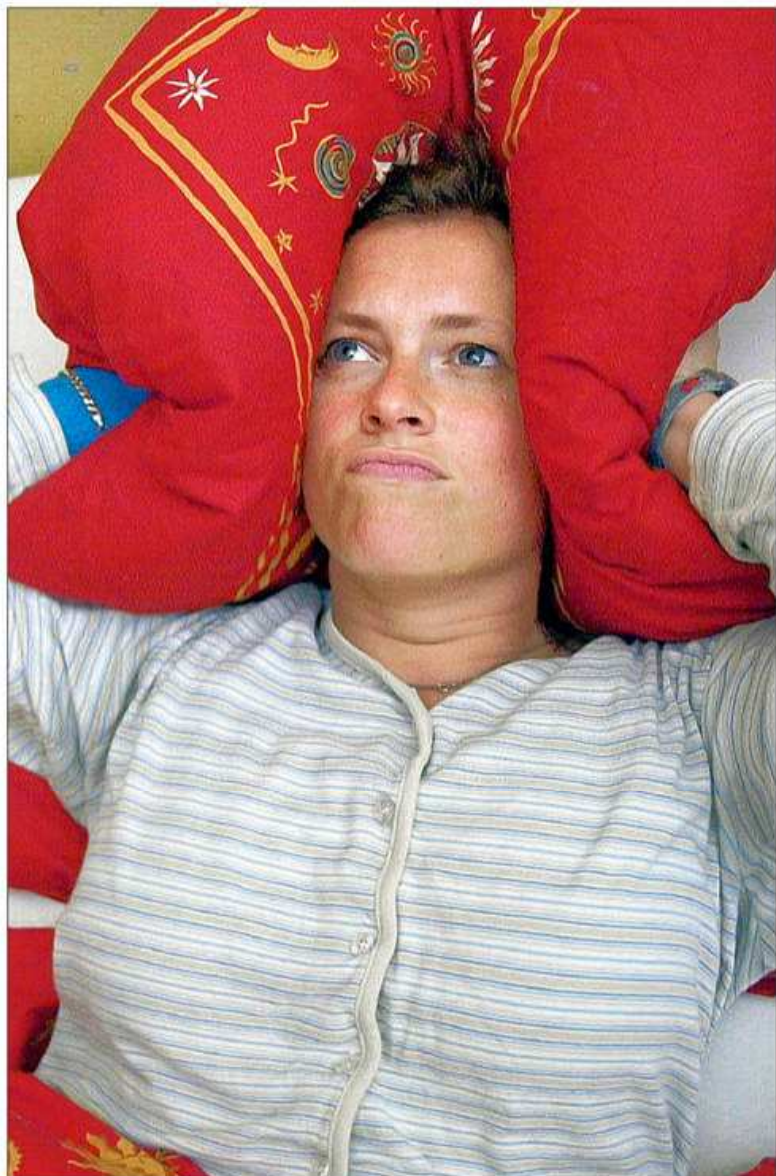
gen setzt den Bürgerinitiativen zufolge auf eine billigere, unausgereifte Lösung.

Die hiesige Protestbewegung gegen den Bahnlärm ist inzwischen über die Grenzen des Oberrheins hinausgewachsen. Und sie will noch weiter gehen: Am 8. Mai wird die IG Bohr mit einigen der Autoren des Kompendiums „Bahnlärm macht krank“ im Europaparlament in Brüssel vorsprechen. „Das Problem muss auf die europäische Ebene gestellt werden, weil der Verkehr auch ein europäischer ist“, sagt Johannes Baumgärtner, Vorstandsvorsitzender von IGEL, der im Raum Freiburg aktiven Interessengemeinschaft gegen Bahnlärm. Er und seine Mitstreiter fordern eine Bahnlärmstudie, ähnlich der Greiser-Studie, in der es um Fluglärm geht. „Es gibt eine Analogie zwischen Bahn- und Fluglärm“, sagt Klaus Gumpp von IGEL.

Roland Diehl kritisiert, dass die Bahnlärm-Problematik in Berlin zwischen Verkehrs- und Gesundheitsministerium hin- und hergeschoben würde. Und er fordert, dass der Schienenbonus abgeschafft wird. Dieser legitimiert, dass die Bahn mehr Lärm verursachen darf als andere Verkehrsmittel. Bisher stößt die IG Bohr mit ihrer Forderung auf taube Ohren: Aussagen des CDU-Politikers Ronald Pofalla lassen darauf schließen, dass der Schienenbonus in der laufenden Legislaturperiode nicht abgeschafft wird.

Und es wird immer lauter, weil immer mehr Züge Güter von den Häfen an der Nordsee in Richtung Süden transportieren. Die Zahl der Güterzüge soll sich künftig verdoppeln, deshalb werden die zwei großen Strecken (die Rheinschiene von Emmerich bis Basel und die Verbindung Hamburg/Bremen über Hannover und Würzburg nach Regensburg/Passau und München) ausgebaut.

Gerade das Rheintal leidet massiv unter dem Lärm. Die Schweiz hat der Zunahme des Güterverkehrs mit Investitionen von 20 Milliarden Schweizer Franken Rechnung getragen, die Nieder-



Zu viel Bahnlärm macht krank – das wollen die Bürgerinitiativen mit einer Studie beweisen.

FOTO: DAPD

lande fünf Milliarden Euro investiert. Sie haben neue Trassen und Tunnel gebaut, die Anlieger vor Lärm schützen. Die Deutsche Bahn dagegen investierte in ICE-Trassen, die einige Minuten Zeitgewinn bringen. Für einen menschenfreundlichen vierspurigen Ausbau der Rheintalbahn hat die IG Bohr Mehrkosten von zwei Milliarden Euro errechnet.

Die Gefahr, dass zusätzliche Kosten für den Gleisbau und leisere Züge für eine Verdrängung des Schienenverkehrs und letztlich mehr Lkw-Verkehr sorgen, sieht Manfred Wahl von der Bürgerinitiative Bahntrasse in Offenburg nicht. „Bund und Land zahlen die neuen Strecken, also

die Steuerzahler, nicht die Bahn.“ Der Bahn entstünden durch den Wegfall des Schienenbonus allenfalls Mindereinnahmen, weil dadurch einige veraltete Modelle der 400 000 Güterwaggon auf den deutschen Schienen aus dem Verkehr gezogen werden müssten.

Nun wirbt die IG Bohr um Unterstützung, damit die Bahnlärm-Studie zustande kommt. Baden-Württemberg hat seine Beteiligung bisher nicht zugesagt.

► Nähere Informationen zur Broschüre und der Arbeit der Interessengemeinschaften gibt's unter www.pro-rheintal.de oder www.ig-bohr.de



Johannes Baumgärtner (links) und Roland Diehl stellten in Umkirch die Broschüre und ihre Pläne vor. FOTO: KATI WORTELKAMP